

## Sessionsbericht Herbstsession 2015

---

Datum: 26. September 2015

---

*Von Markus Stadler, Ständerat UR*

Das ursprüngliche Sessionsprogramm zeigte sich völlig überladen. Schliesslich wurden diverse gröbere Brocken aus der Traktandenliste gestrichen, weil sie sich als noch nicht reif erwiesen für die Behandlung im Rat, unter anderem die Unternehmenssteuerreform III und das Verjährungsrecht. Sie folgen wohl in der nächsten Session. Trotzdem musste der Ständerat verschiedene ausserordentliche, zusätzliche Sitzungsstunden über sich ergehen lassen. Grund: Ende der Legislaturperiode.

Was stand im Zentrum? Zum einen die „Reform der Altersvorsorge 2020“. Mir war wichtig, die bundesrätliche Idee eines Gesamtpaketes zu übernehmen, Ausbauwünsche bei den Renten ebenso abzulehnen wie auch das Bestreben, die Renten insgesamt gegenüber heute namhaft zu kürzen. Das vom Ständerat verabschiedete Paket, das Revisionen bei der AHV wie auch bei der zweiten Säule (berufliche Vorsorge) einbezieht, scheint mir in den wesentlichen Zügen richtig. Der Nationalrat wird sich nun damit befassen.

Der „Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds“ (NAF) bildete einen zweiten Schwerpunkt. Die Vorlage ist vor dem Hintergrund der sog. Milchkuhinitiative zu sehen, über die Volk und Stände vermutlich im Februar 2016 abstimmen werden. Bereits die Fassung, die unsere Verkehrskommission verabschiedet hat, kam konfliktgeladen daher. Im Ständerat stellte sich dann bei der Eintretensfrage bereits das Problem, ob der sog. Netzbeschluss in die Vorlage eingebaut werden müsse. Diesen Netzbeschluss hat das Parlament bereits einmal verabschiedet, aber mit der Bedingung verbunden, dass eine Erhöhung der Autobahnvignette auf 100 Franken akzeptiert würde. Das Volk hat bekanntlich diese Erhöhung abgelehnt. Der Ständerat war nun in seiner Mehrheit der Auffassung, die Vorlage sei an die vorbereitende Kommission zurückzuweisen mit dem Auftrag, diesen Netzbeschluss samt einer Finanzierung in die NAF Vorlage zu integrieren. Viele wollen diesen Netzbeschluss, wenige wollen dafür bezahlen; es wird auch künftig ein konfliktgeladenes Geschäft bleiben. Nach derzeitigem Beratungsstand liegt zu viel Gewicht auf dem Ausbau der Strassenkapazität und zu wenig auf dem Willen zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik, die diesen Namen verdient. Und das Ganze finanziert sich erst noch deutlich zulasten der Bundeskasse, der jährlich hunderte von Mio. Franken fehlen werden. Entsprechende Sparprogramme würden folgen.

Bei der Behandlung der „Energiestrategie 2050, erstes Massnahmenpaket“ kamen Erinnerungen auf: unter anderem Kaiseraugst, Stromlücke, Forderung nach zwei, zumindest einem neuen AKW, Fukushima, Energiewende, Billigstrom aus dem Ausland. Zum einen ging es schergewichtig um die Steigerung der Energieeffizienz, zum andern um die Sicherung der Schlussbetriebsphase unserer AKW. Wir sind uns in der glp bewusst, dass die Energieeffizienz erstrangig über den Preismechanismus sichergestellt werden müsste, dass das Preissys-

tem heute jedoch falsche Signale aussendet und dementsprechend in Richtung Energieverschleuderung und nicht-erneuerbare Energien wirkt. Nachdem die Zeit für eine ökologische Steuerreform aber noch nicht reif ist, muss man sich im Sinne einer second best Lösung notgedrungen mit Vorschriften (administrativem Aufwand!) anfreunden. Die Kritiker bleiben dieselben wie bei der ökologischen Steuerreform, haben aber eigentlich nichts anzubieten ausser „Kopf in den Sand“ und „weiter wie bisher“ - Urgrosskinder hin oder her. Der Ständerat tat sich schwer mit dieser Vorlage. Einiges ist gelungen, beispielsweise das gesetzliche Verbot des Baus von neuen AKW. Anderes hat ein schlechtes Gefühl hinterlassen. Dazu gehört die Diskussion um ein Langzeitbetriebskonzept, wie es wohlverstanden vom ENSI selbst gefordert wird. Die Interessenvertreter und Sympathisanten der einschlägigen Kraftwerke haben sich durchgesetzt und ein solches Instrument knapp verhindert. Schlimm war nicht nur, dass dabei die eigene Buchhaltung vor der Sicherheit aller obsiegte, sondern dass die Mehrheit mit Sätzen, wie, Sicherheit sei nicht verhandelbar oder der Verzicht auf ein solches Langzeitbetriebskonzept mache ein AKW sicherer, kaum aushaltbare Sprechblasen schuf.

Noch bleibt die Hoffnung und die Aufforderung an jene, die in der Politik weitermachen. Für mich war es die letzte Session. Mir bleiben viele gute Erinnerungen und wertvolle Verbindungen.

PS: Unerfreulich ist, dass wir in der Politik bei den wirklich grossen Themen kaum weitergekommen sind: beim Gesundheitszustand der Erde und beim Umgang mit dem armen Teil der Bevölkerung.